



LANDTAGSPOST

HELMUT DAMMANN-TAMKE

KAI SEEFRIED

Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion

Ausgabe Juli 2021

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

das war sie, die letzte Sitzungswoche vor der sogenannten politischen Sommerpause.

Für viele von uns bedeutet die Sommerpause vor allem den Einstieg in die heiße Phase des Kommunal- und auch des Bundestagswahlkampfes.

Ich möchte heute aber vor allem die Gelegenheit nutzen, Ihnen allen - auch im Namen von Helmut Dammann-Tamke - einen schönen Sommer zu wünschen. Nach den schweren Krisenmonaten hoffe ich darauf, dass eine etwas entspannte Sommerzeit vor uns liegt und für viele Urlaub und einfach einmal Zeit zum Durchatmen.

Genießen Sie die Zeit und das Wichtigste: Bleiben Sie gesund!

Ihr

Kai Seefried

Seefried: Alle Schulen in Niedersachsen sind inklusive Schulen – Eltern können frei über den richtigen Förderort entscheiden

Hannover. Der niedersächsische Landtag hat heute in großer Einigkeit einen Antrag zur Verbesserung der Inklusion an Niedersachsens Schulen verabschiedet. Dieser gemeinsame Antrag wurde gemeinsam von den Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen eingebracht.

Er freue sich über die große Einigkeit, die der Niedersächsische Landtag heute zur Umsetzung und der notwendigen Verbesserungen zur schulischen Inklusion gezeigt habe, erklärte der Abgeordnete Kai Seefried. Und weiter: „Inklusion heißt eben nicht alle und alles gleich zu machen. Nein, es geht darum, dass es normal ist verschieden zu sein und diese Normalität als Gesellschaft anzunehmen. Dabei muss das individuelle Kindeswohl im Mittelpunkt stehen.“

Inklusion könne nur gelingen, wenn allen Beteiligten Vertrauen und Verlässlichkeit geboten würden. Hierfür schaffe der gemeinsame Antrag den Rahmen. „Es besteht Einigkeit, dass die Rahmenbedingungen weiter verbessert werden müssen. Wir dürfen die Schulen, aber vor allem auch die Kinder und Eltern nicht allein lassen, sondern müssen selbst aktiv gestalten“, so Seefried.



Der Antrag beinhaltet zahlreiche konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Inklusion. Dazu gehört, den Bereich der emotional-sozialen Entwicklung in den Blick zu nehmen und dabei soll auch der Nachteilsausgleich betrachtet werden, die Ressourcenzuweisung im Sekundarbereich I Bereich soll perspektivisch geändert und die Kooperation der Schulen in freier und in staatlicher Trägerschaft in allen Bereichen gestärkt werden.

„Ganz besonders freue ich mich aber darüber, dass Eltern frei entscheiden können, wo der richtige Förderort für ihr Kind ist. Alle Schulen in Niedersachsen sind inklusive Schulen. Auch die Förderschulen und müssen entsprechend gut ausgestattet werden“, so Seefried.

Landwirtschaft hat Zukunft - Kai Seefried lädt zur Diskussionsveranstaltung mit Ministerin Barbara Otte-Kinast

Apensen. Unter dem Titel „Landwirtschaft hat Zukunft“ lädt der Landratskandidat und CDU Landtagsabgeordnete Kai Seefried alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu einer Diskussionsveranstaltung mit der Niedersächsischen Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Barbara Otte-Kinast. „Die Land- und Ernährungswirtschaft hat für unseren Landkreis eine hohe Bedeutung ein. Mir ist es sehr wichtig, dass dies auch zukünftig so bleibt“, so Kai Seefried. „Die familiengeführten landwirtschaftlichen Betriebe sind eine wichtige Säule unserer Wirtschaftsstruktur, sie sind aber auch wichtiger Bestandteil unserer Dörfer und prägen unsere Kulturlandschaft. Schon immer musste sich die Landwirtschaft Veränderungen stellen und hat diese aktiv angenommen. Mit dem Niedersächsischen Weg haben wir die Chance, gemeinsam mit Landwirtschaft und Gesellschaft die Zukunft zu gestalten und damit auch Verlässlichkeit auf die Betriebe zu bringen. Wichtig ist aber auch, dass Lebensmittel mit so einer hohen Qualität wie sie durch unsere Land- und Ernährungswirtschaft erzeugt werden, ihren Preis haben müssen. Die Betriebe wollen gerne die Tierhaltung weiter verbessern und Rahmenbedingungen verändern, hierfür müssen aber auch die finanziellen und die rechtlichen Möglichkeiten geschaffen werden“, so Seefried weiter. Als weitere Teilnehmer nehmen an der Diskussion Axel Lohse als Vorstand der RAISA eG, Adelheid Balthasar als Vorsitzende der Kreislandfrauenverband, der Kreislandwirt Johann Knabbe, der Vorsitzende der Junglandwirte Claus Schmoltdt, der Bundestagsabgeordnete Oliver Grundmann und der agrarpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Helmut Dammann-Tamke MdL teil. Es ist aber auch ein großes offenes Forum mit den anwesenden Gästen vorgesehen. Die Veranstaltung findet statt am 15. Juli um 18 Uhr bei der RAISA eG, Raiffeisenstraße 2 in 21641 Apensen. Eine Anmeldung ist erforderlich unter Telefon 04141-518613 oder per Mail an veranstaltungen@cdu-stade.de.



Thiele: Niedersächsische Grundsteuer ist ein wichtiges Signal für die Städte und Gemeinden - breite Mehrheit von CDU und SPD beschließt vom Bundesmodell abweichendes Grundsteuergesetz

Hannover. „Der Landtag hat in seiner heutigen Sitzung das Niedersächsische Grundsteuergesetz nach intensiver Beratung mit breiter Mehrheit beschlossen. Damit regeln wir jetzt erstmals eine bedeutende Steuer auf Landesebene. Wir weichen dadurch von dem auf Bundesebene beschlossenen Grundsteuergesetz ab, dass mit erheblichem Personalaufwand in der Finanzverwaltung verbunden und für die Steuerpflichtigen kaum durchschaubar ist. Das ist ein wichtiges Signal für alle niedersächsischen Städte und Gemeinden, die fest auf die konjunkturunabhängigen Steuereinnahmen von jährlich rund 1,4 Milliarden Euro bauen!“, so der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Ulf Thiele.



„Das von Finanzminister Reinhold Hilbers maßgeblich entwickelte niedersächsische Flächen-Lage-Modell ist bereits in den Beratungen mit großer Zustimmung aufgenommen worden. Ihm ist mit diesem Gesetz ein großer Wurf gelungen, mit dem wir beweisen, dass die Grundsteuer verfassungskonform und zugleich einfach, transparent, unbürokratisch und aufkommensneutral geregelt werden kann“, lobt Ulf Thiele. Die Grundsteuer in Niedersachsen werde ausschließlich an physischen Größen wie der Grundstücks- und Gebäudefläche sowie an der Lage des Grundstückes ausgerichtet, die über einen relativen Bodenrichtwert abgebildet wird.

„Die niedersächsische CDU-Landtagsfraktion lehnt das komplizierte, intransparente und personalaufwändige Bundesmodell mit seinem Wertbezug entschieden ab“, betont Ulf Thiele. Das Land Niedersachsen habe daher die Möglichkeit ergriffen, die Grundsteuer künftig selbst zu regeln. „Der SPD-Landtagsfraktion danken wir ausdrücklich dafür, dass sie diesen Weg gemeinsam mit uns gegangen ist. Uns ist bewusst, dass unser Koalitionspartner damit der Anwendung des vom SPD-geführten Bundesministerium der Finanzen entwickelten Grundsteuergesetz in einem Bundestagswahljahr in Niedersachsen den Weg verstellt. Das ist nicht selbstverständlich, aber gut begründet.“

Die Basis der bisherigen, bundesweit geregelten Grundsteuer hatte das Bundesverfassungsgericht 2018 für verfassungswidrig erklärt. Die Grundsteuerreform des Bundes sieht nun vor, die Grundsteuer nach dem Grundstückswert und dem Ertragswert zu bemessen. Das erfordert eine Neubewertung sämtlicher Immobilien alle

sieben Jahre. Bei steigenden Grundstückspreisen ergäben sich dabei ohne Zutun des Gesetzgebers oder der Gemeinde regelmäßige Steuererhöhungen. „Solche Steuererhöhungen durch die Hintertür, also aufgrund eines ständig steigenden Preisniveaus bei Immobilien, wird es in Niedersachsen nicht geben“, so Ulf Thiele. Das jetzt beschlossene Flächen-Lage-Modell verhindere die Steuerdynamik des Bundesmodells und sei damit eine bewusste Entscheidung für Klarheit und Planungssicherheit für die Steuerbürger und auch für die Städte und Gemeinden.

Für 3,6 Millionen Objekte in Niedersachsen wird die Grundsteuer ab 2025 nur noch nach den Grundstücks- und Gebäudeflächen, deren Lage sowie deren Nutzung bemessen. Dieses Flächen-Lage-Modell ist unbürokratisch sowie für Bürger und Unternehmen leicht nachvollziehbar. Jeder Steuerpflichtige soll über einen „Grundsteuer-Viewer“ die notwendigen Daten für die nur einmal notwendige Grundsteuererklärung automatisch erhalten. Dabei sind u.a. für den sozialen Wohnungsbau, Denkmäler und landwirtschaftliche Wohngebäude weitere Ermäßigungen vorgesehen. Auf die durch die Finanzverwaltung ermittelte Bemessungsgrundlage wenden die Gemeinden wie bisher ihren Hebesatz an. „Die Kommunen entscheiden somit auch weiterhin über die endgültige Höhe der Grundsteuer. Es wird von jeder Kommune der Hebesatz errechnet und dargestellt, der auf der Basis des Niedersächsischen Grundsteuergesetzes in der Kommune aufkommensneutral zu der bisherigen Grundsteuereinnahme führen würde. Damit werden steuersenkende- oder steuererhöhende Hebesatzänderungen transparent“, erläutert Ulf Thiele.

Lechner: Novelle des Verfassungsschutzgesetzes stärkt unsere wehrhafte Demokratie

Hannover. „Die Gefährdungslage in Niedersachsen ist unverändert hoch. Mit dem heute beschlossenen Gesetz stärken wir die Handlungsfähigkeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes“, betont der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Sebastian Lechner. Dabei werden die Befugnisse mit Augenmaß erweitert, so z. B. der Einsatz von Vertrauenspersonen oder die Sammlung von Informationen über minderjährige Extremisten. Besonders wichtig sei aber die Entbürokratisierung der Arbeit des Verfassungsschutzes, indem das Gesetz die Fristen für die Überprüfung gespeicherter Daten verlängert wird.



„Kurze Prüffristen und viele Auskunftsanfragen haben seit der letzten Novellierung dazu geführt, dass sich der Verfassungsschutz oft mit sich selbst beschäftigt.“ Mit der jetzt vorgesehenen Fristverlängerung werden die personellen Ressourcen freigesetzt, die wir vor allem bei der Beobachtung des wachsenden politischen Extremismus dringend benötigen“, so Lechner.

Das Gesetz dient auch dazu, den Informationsaustausch zwischen dem Verfassungsschutz und nicht-öffentlichen Trägern bei der Extremismusprävention deutlich zu verbessern. Auch private Trägerorganisationen leisten hier in Niedersachsen dafür wertvolle Arbeit.

Für den CDU-Politiker steht fest: „In der heutigen Zeit, wo Radikalisierungen zunehmen, ist ein starker Verfassungsschutz wichtig. Er ist ein wichtiger Faktor einer wehrhaften Demokratie.“ Dazu gehört auch die kürzlich durch den Bund normierte Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ). Sie dient der Überwachung von Internet-Telefonie und Messengerdiensten, die standardmäßig eine Verschlüsselung ihrer Kommunikationsdaten und -inhalte nutzen. Diese Überwachung ist erforderlich, da etwa 90 Prozent der Kommunikation heute über Telemediendienste wie Facebook, WhatsApp oder Telegram laufen, die die Nachrichten Ende zu Ende verschlüsseln.

„Leider sind die Regierungsfractionen im Bund zu kurz gesprungen, denn die Online-Durchsuchung wurde in letzter Minute verhindert. Im niedersächsischen Polizeigesetz ist diese wichtige Maßnahme als Aufklärungsinstrument festgelegt. Wir hätten uns gewünscht, dass auch der Verfassungsschutz wie die Polizei die Befugnis zur Online-Durchsuchung erhält“, bedauert Lechner.

Wulf: Neues Kita-Gesetz Meilenstein für Qualität und Fachkräftesicherung in unseren Kitas

Hannover. „Die Politik hatte die Aufgabe, mit der Novellierung des Kita-Gesetzes die Frage zu beantworten, wie es mit der Qualitätsentwicklung und den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in unseren Kitas weiter geht“, so die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Mareike Wulf. Dies sei der CDU-Fraktion besonders wichtig, auch mit Blick auf die Ausbaudynamik, deren Ende frühestens in 10 Jahren absehbar sei.

Schon jetzt herrsche unter den Erzieherinnen und Erziehern Vollbeschäftigung und es gebe faktisch keine Fachkräfte, die man einstellen könne. „Für die CDU ging es deshalb in den Beratungen insbesondere darum, die Fachkräftesicherung voranzutreiben und ein damit endlich einen Weg aufzuzeigen, wie wir überhaupt zur dritten Kraft kommen können“, so Wulf. Diesen Weg habe sonst keine Fraktion aufgezeigt.



„Mit der Einführung einer Fachkräfteoffensive werden wir dem Fachkräftemangel begegnen können. Kern der Offensive ist endlich die Einführung einer vergüteten Ausbildung. Angehende Erzieherinnen und Erziehern müssen nicht mehr am Abend und am Wochenende im Supermarkt

Regale einräumen, damit sie tagsüber unbezahlt in der Kita arbeiten können“, so die Fraktionsvizechefin.

Zusammen mit dem Kommunen und den großen Trägerorganisationen müsse nun sichergestellt werden, dass diese in die dualisierte Ausbildung einsteigen.

„Endlich sind alle Schulen schulgeldfrei, es wurden 500 neue Ausbildungsplätze geschaffen und in einem nächsten Schritt wird es darum gehen, dass jede Gruppe eine Auszubildende oder einen Auszubildenden erhält“, so Wulf.

CDU-Landtagsfraktion informiert sich in Stade über Perspektiven Arbeitskreis Häfen und Schifffahrt der CDU-Landtagsfraktion zu Besuch im Stader Seehafen

Stade. Der Stader Seehafen hat auch in der Corona-Krise seine starke Position behauptet. Im Gegensatz zu anderen Hafenstandorten, die in der Krise Umschlagsrückgänge verbuchen mussten, konnte in Stade der Seegüterumschlag auf 6,2 Millionen Tonnen erhöht werden. Über aktuelle und zukünftige Perspektiven hat sich der Arbeitskreis Häfen und Schifffahrt der CDU-Landtagsfraktion bei einem 2-tägigen Besuch in Stade informiert. Die aktuelle Perspektivplanung des Landes weist dem Hafen bis 2030 eine positive Entwicklung zu. Danach ist davon auszugehen, dass sich die Umschlagskapazitäten der bisher bestehenden Anlagen weiter auf 6,4 bis 7,2 Millionen Tonnen erhöhen werden. In dem Perspektivpapier ist der Seehafen in 4 Planbereiche eingeteilt, die sich derzeit alle in einem Veränderungs- und Entwicklungsprozess befinden. Die Nordpier, die durch das ansässige Unternehmen AOS genutzt wird, soll bereits in den nächsten 2 Jahren mit einem weiteren Entlader versehen werden. Der AOS Geschäftsführer Volker Richter will damit die Umschlagskapazitäten und die Produktionssicherheit des Unternehmens erhöhen und betont, dass diese Investition auch ein klares Bekenntnis zum Standort sei.



Für den Nordhafen wird in dem Perspektivpapier des Landes eine Erweiterung um 24 Hektar aufgezeigt. Hiermit könnte die Kaikante um 1,1 Kilometer verlängert werden und zukünftig die Gleisanbindung bis auf das Terminal geführt werden. Hier überholt die aktuelle Entwicklung schon fast das Perspektivpapier, denn auf Betreiben der Stader Wirtschaft und dem Seehafen Stade e.V. wird derzeit in Zusammenarbeit mit der Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG eine entsprechende Machbarkeitsstudie als Grundlage für ein Planfeststellungsverfahren entwickelt.

NPorts Standortleiter Knut Kokkelink ist von dem Erfolg durch die dann vorhandene Trimodalität des Terminals über das seeschifftiefe Fahrwasser, die Autobahn A26 und die Schiene überzeugt.

Der Südhafen, der durch das Stader Chemieunternehmen Dow genutzt wird, ist nah am Limit seiner Kapazitäten angekommen. Hier wird aktuell ein Planfeststellungsverfahren für eine Erweiterung der Pier mit einem zusätzlichen Löschkopf unter anderem für Flüssiggas vorbereitet. Hinzu kommen die aktuellen Planungen für ein neues Terminal für verflüssigte Gase. Auch dieses Verfahren wird gleichzeitig mit der Erweiterung des Südhafens vorbereitet und soll noch in diesem Jahr in ein Planfeststellungsverfahren münden. Die Planung für dieses Terminal u.a. zum Umschlag von LNG ist bereits sehr weit vorangeschritten. Alle wichtigen Genehmigungsvoraussetzungen sind erfüllt. In diesem Zusammenhang wurde auch mehrfach überprüft und bestätigt, dass in Stade auch die nautischen Bedingungen ein solches Terminal ermöglichen. Von Stade aus könnte dann zukünftig auch die „Ship to Ship“ Bebunkerung und Versorgung des Hamburger, sowie der Nord- und Ostseehäfen erfolgen.

Eingeladen zur Bereisung des Arbeitskreises der CDU-Landtagsfraktion hatte der örtliche Landtagsabgeordnete Kai Seefried. Er unterstützt die verschiedenen Entwicklungen im Seehafen ausdrücklich. Neben dem konkret in Planung befindlichen Terminal für verflüssigte Gase sieht Seefried vor allem in der Nordhafenerweiterung einen zentralen Schlüssel für die Zukunft des Seehafens. Seefried nutzte den Besuch, um bei seinen Kollegen dafür zu werben, dass im Falle eines guten Ergebnisses der Machbarkeitsstudie, und von diesem ist der Abgeordnete fest überzeugt, anschließend ein Planfeststellungsverfahren durch das Land in Auftrag gegeben werden müsse.

Bei seinen Kollegen fand Seefried damit offene Ohren. Der hafenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Bernd-Carsten Hiebing betonte, dass der Stader Seehafen und die Stader Wirtschaft die Zeit der Krise wirklich genutzt haben, um die Vorbereitungen für konkrete Maßnahmen in Stade zu treffen. Das Perspektivpapier des Landes könne hier schnell mit Leben gefüllt werden. „Ich sehe hier klare Chancen, die das Land nutzen muss“, so Hiebing. Gleichzeitig lobte er die Stader Wirtschaft, die auch mit eigenen finanziellen Mittel die aktuellen Planungen und auch die Machbarkeitsstudie mitfinanzieren. „Hier ist nicht das Motto macht mal, sondern die Wirtschaft legt selbst vor“, ist Hiebing dankbar.

Für den Seehafen Stade e.V. fasste der Vorsitzende Marcus Schlichting zusammen, dass es am Standort einen breiten Schulterchluss der Region gebe. Wirtschaft, Politik und Verwaltung stehen hinter den aktuellen Entwicklungen und unterstützen die Vorhaben. Jetzt ist auch das Land gefordert, diese Chancen zu ergreifen und zu nutzen.

CDU Landtagsabgeordnete freuen sich über Landesförderung für Sportstättenanierung

Landkreis Stade / Hannover. Das Land Niedersachsen fördert die Sanierung von Sportstätten im Land in diesem Jahr mit insgesamt 23 Mio Euro. Ausgeschüttet wird das Geld des Landes über das Innenministerium, in dessen Zuständigkeit auch der Sport in Niedersachsen liegt. Mit dem Förderprogramm sollen Kommunen und Vereine bei der Sanierung und teilweise auch bei Ersatzbaumaßnahmen von Sportstätten gefördert werden. Die Gesamtförderung über einen Fünfjahreszeitraum beläuft sich dabei auf rund 100 Mio Euro.



Im Kreis Stade profitieren von der Unterstützung in diesem Jahr die Geestlandhalle in der Samtgemeinde Fredenbeck, in der die Sanierung des Schwingbodens mit rund 140.000 Euro bezuschusst wird. Außerdem wird der VSV Hedendorf-Neukloster bei der Sanierung des Abwasser-systems/Regenrückhaltebeckens mit rund 48.000 Euro unterstützt. „Der Sport bei uns im Landkreis ist zentraler Akteur zur Gesunderhaltung der Menschen und trägt wesentlich zu unserem gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Ich freue mich darum sehr, dass das Land diese beiden Sportstättenanierungen fördert“, sagte der CDU Landtagsabgeordnete und Landratskandidat Kai Seefried. Sein Landtagskollege Helmut Dammann-Tamke ergänzte: „Gerade die

letzten Krisenmonate haben nochmal gezeigt, welche hohe Bedeutung der Sport hat, ich freue mich daher sehr über die Unterstützung durch das Sportstättenanierungsprogramm.“

TERMINE KAI SEEFRIED

12. Juli 16.00 Uhr

Eröffnung Museum Buxtehude

13. Juli 17.00 Uhr

Zukunftswerkstatt „Wohnen, Leben & Arbeiten im Landkreis Stade“ in Buxtehude, Deck 2

14. Juli 15.00 Uhr

Grillnachmittag bei der Senioren Union Drochtersen am Kotterbachsee auf Krautsand

15. Juli 17.30Uhr

Diskussionsveranstaltung mit Ministerin Barbara Otte-Kinast bei der RAISA eG in Apensen

17. Juli 17.00 Uhr

75 Jahre CDU Kreisverband Stade – Online Sommerempfang

18. Juli 10.00 Uhr

„Land leben – Land lieben“ Veranstaltung im Rahmen der Woche der CDU auf dem Kartoffelgut Tobaben in Apensen

24. Juli 11.00 Uhr

Einweihung des umgestalteten Hafenumfeldes am Fährplatz Gräpel

TERMINE HELMUT DAMMANN-TAMKE

12. Juli 16.00 Uhr

Eröffnung Museum Buxtehude

14. Juli 14.00 Uhr

Agrarausschuss in Hannover

15. Juli 17.30Uhr

Diskussionsveranstaltung mit Ministerin Barbara Otte-Kinast bei der RAISA eG in Apensen

17. Juli 17.00 Uhr

75 Jahre CDU Kreisverband Stade – Online Sommerempfang

18. Juli 10.00 Uhr

„Land leben – Land lieben“ Veranstaltung im Rahmen der Woche der CDU auf dem Kartoffelgut Tobaben in Apensen

Die hier dargestellten Termine sind nur eine kleine Auswahl der Termine der beiden Landtagsabgeordneten.

Kai Seefried am Bürgertelefon

Landkreis Stade. Der CDU-Landtagsabgeordnete und Landratskandidat Kai Seefried steht am Montag, **12. Juli von 20.00 Uhr bis 22.00 Uhr** erneut bei einem Bürgertelefon für das direkte Gespräch zur Verfügung. „Der Gesprächsbedarf ist nach wie vor groß und es ist mir wichtig, immer wieder auch persönlich für das Gespräch zur Verfügung zu stehen, um Fragen unkompliziert und direkt klären zu können“, so Kai Seefried. Das Bürgertelefon ist zu erreichen unter Tel. 04141-518613. Eine telefonische Voranmeldung oder Terminvereinbarung ist nicht notwendig. Kai Seefried bittet aber um Verständnis, falls die Leitung belegt ist oder nicht sofort zurückgerufen werden kann. Zusätzlich zum Bürgertelefon weist er darauf hin, dass er auch jederzeit unkompliziert und direkt per Email unter mail@kai-seefried.de zu erreichen ist und für entsprechende Anfragen gerne zur Verfügung steht.

www.kai-seefried.de

**Montag, 12. Juli
von 20 bis 22 Uhr**

**Immer ein
offenes Ohr.**
Kai Seefried am
Bürgertelefon.

**Bürgertelefon
04141-518613**

Mein für den Landkreis Stade

IMPRESSUM

Herausgeber:

Kai Seefried MdL
Helmut Dammann-Tamke MdL

Anschrift:

Wahlkreisbüro Stade
Poststr. 34
21682 Stade

Kontakt:

E-Mail: mail@kai-seefried.de
E-Mail: wahlkreisbuero@dammann-tamke.de
Telefon: 04141/ 7976488 oder 7976489

Möchten Sie die „Landtagspost“ per Email beziehen oder uns weiterempfehlen? Wir sind gerne für Sie erreichbar!

Weitere Infos:

www.kai-seefried.de oder www.dammann-tamke.de